Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Kaden & Comp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2.75 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 8.25 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 12.00 M.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 1.80 M., Familienanzeigen 1.00 M., die 3gespaltene Reklamezeile 4.80 M., einschließlich Inseratensteuer. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt. Inserate sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 22 | Dresden, Mittwoch den 28. Januar 1920 | 31. Jahrg.

Schließung der Eisenbahnwerkstätten

Die Schließung zahlreicher staatlicher Eisenbahnwerkstätten, die von der Eisenbahnverwaltung wegen Unwirtschaftlichkeit des Betriebes verfügt worden ist, hat begreiflicherweise in den nächstbeteiligten Arbeiterkreisen und über sie hinaus starke Erregung hervorgerufen. Mancher erinnert sich dabei der großen Rolle, die die Schließung der sogenannten Nationalateliers in der französischen Revolution von 1848 gespielt hat. Diese Nationalateliers oder Staatswerkstätten waren eine Schöpfung der Februar-Revolution, die den Arbeitern das allgemeine gleiche Wahlrecht und gewaltigen Einfluß im Staate verschafft hatte. Der Staat als wirtschaftlicher Unternehmer war damals noch etwas ganz Unbekanntes, und mit einem gewissen Stolz sahen die Väter der Nationalateliers in ihnen ein Stück Sozialismus oder, um ein heutiges Modewort zu gebrauchen, ein Stück Sozialisierung. Die Nationalateliers aber erwiesen sich sehr rasch als ein vollkommener Fehlschlag, sie waren gleichsam in die leere Luft hineingebaut, sie erzeugten keine Werte und verschlangen ungeheure Summen öffentlicher Gelder. Als sie dann wegen ihrer völligen Aussichtslosigkeit geschlossen wurden, ließen sich die Pariser Arbeiter von unbesonnenen Führern zum Juniaufstand verleiten, in dem sie vollkommen geschlagen wurden. Die Folge davon war, daß zunächst das allgemeine Wahlrecht, später auch die im Februar erkämpfte Republik verloren ging. Es folgte das zweite Kaiserreich, das nach Sedan führte. Die Arbeiterklasse Frankreichs hatte den gewonnenen politischen Einfluß wieder verloren, und sie hat sich von jenem Schlag eigentlich bis heute nicht mehr erholt.

Die Schließung der Eisenbahnwerkstätten bedeutet nun freilich etwas ganz andres. Diese Werkstätten sind kein Hornunkulus, der in der Retorte der Theorie erzeugt worden ist, sondern sie sind längst bestehende Betriebe des preußischen Staates und haben in früheren Zeiten in zufriedenstellender Weise gearbeitet, bis neuerdings unleidliche Verhältnisse in ihnen einrissen. Das Dritte des Vergleiches besteht nur darin, daß auch die Eisenbahnwerkstätten, wie seinerzeit die französischen Nationalateliers unrentabel geworden sind und gewaltige Zuschüsse aus allgemeinen Mitteln erfordern. Die Eisenbahnverwaltung denkt selbstverständlich auch nicht an die dauernde Schließung dieser wirtschaftlich notwendigen Betriebe, sondern sie will sie binnen wenigen Tagen denjenigen Arbeitern wieder eröffnen, die sich mit der Einhaltung des vollen Achtstundentages und der Einführung von Akkordlohnsätzen einverstanden erklären.

Die Maßregel der Eisenbahnverwaltung ist ungewöhnlich und hart. Sie würde sich nicht rechtfertigen lassen, wenn nicht zwingende wirtschaftliche Gründe zu ihr geführt hätten. Die Eisenbahnverwaltung muß den außerordentlichen Verhältnissen Rechnung tragen und ihren Arbeitern und Angestellten soweit wie möglich entgegenkommen. Sie hat aber nicht das Recht, bestimmten Arbeiterkategorien die öffentlichen Mittel in unbegrenztem Maße zur Verfügung zu stellen, sondern sie muß mit der Tatsache rechnen, daß die Entlohnung geleisteter Arbeit über den Wert des Produktes hinaus auf die Dauer eine wirtschaftliche Unmöglichkeit ist. Sie kann daher dem Rückgang der Arbeitsleistung nicht mit geschlossenen Augen und gebundenen Händen gegenüberstehen.

Die Schließung der Eisenbahnwerkstäten war sozusagen eine Verzweiflungstat. Man kann darüber streiten, ob die Verhältnisse wirklich schon so weit gediehen waren, um ein solches Vorgehen unvermeidlich zu machen. Nicht darüber streiten kann man, daß die Verhältnisse in den Eisenbahnwerkstätten einer Gesundung bedürfen, die herbeizuführen nun die gemeinsame Aufgabe der Verwaltung und der Arbeiter sein wird. Es wird dabei weniger darauf ankommen, getane Schritte zu kritisieren und begangene Sünden sich gegenseitig vorzuwerfen, als darauf, die Mittel zu finden, durch die eine Gesundung herbeigeführt werden kann.

Die Eisenbahnverwaltung ist, wie schon oft gesagt, kein ausbeutender Unternehmer, sondern sie arbeitet mit öffentlichen Mitteln. Sie muß heute ungeheure Summen an öffentlichen Mitteln flüssig machen, um den Eisenbahnverkehr aufrechtzuerhalten, ohne den jedes wirtschaftliche Leben erlischt. Es ist also kein „Unternehmerübermut", der sie zu ihrem neuesten Schritt gedrängt hat, sondern die einfache wirtschaftliche Tatsache, daß der Staat und alles, was in ihm lebt, zugrunde gehen muß, wenn für den Aufwand, der zur Erhaltung des Lebens notwendig ist, nicht genug wirtschaftliche Werte erzeugt werden. Die deutsche Arbeiterklasse aber sollte aus den Erfahrungen der französischen Klassengenossen im Jahre 1848 lernen, daß im Klassenkampf die Partei unbedingt verlieren muß, die gegen gegebene wirtschaftliche Notwendigkeiten mit Gewalt anzurennen versucht. Mit Gewalt ist gar nichts zu erreichen, sondern nur mit Einsicht, die primitivste Einsicht aber sagt uns, daß wir alle mit dem ganzen Aufgebot unsrer Kraft arbeiten müssen, wenn wir nicht verhungern wollen. Würde sich die deutsche Arbeiterklasse dieser Einsicht verschließen, so könnte sie gar nichts erreichen, sondern sie müßte nur immer noch mehr verelenden und in dauernde Ohnmacht versinken.

Erregung der Eisenbahner

Die Schließung der Eisenbahnwerkstätten in Berlin hat nach dem Vorwärts unter den Arbeitern der noch nicht geschlossenen Eisenbahnwerkstätten eine wachsende Erregung hervorgerufen. Obwohl der Deutsche Eisenbahnerverband und der Allgemeine Eisenbahnerverband die Parole ausgegeben haben, nicht eigenmächtig zu handeln, sondern die Beschlüsse der Verbandsleitungen abzuwarten, wird namentlich von radikaler Seite alles versucht, um einen Proteststreik ins Leben zu rufen. Die Eisenbahner-Gewerkschaften sind deshalb zu gemeinsamen Beratungen zusammengetreten, um bei der Regierung vorstellig zu werden. Man kam nach langer Aussprache zu dem Ergebnis, daß die völlig überraschende Maßnahme der Regierung geeignet sei, die schwebenden Tarifverhandlungen empfindlich zu stören. Die Verbände erblicken die Hauptschwierigkeiten für eine Verständigung in der Frage der Akkordarbeit, welche nach ihrer Ansicht für die Werkstätten undurchführbar ist. Im Laufe dieser Woche werden die Gesamtvorstände der Eisenbahnerverbände in Berlin zusammentreten, um weitere Beschlüsse zu fassen.

Nach einer Meldung aus Bremen nahmen gestern die Eisenbahnarbeiter der Eisenbahnwerkstätten Sebaldsbrück in einer außerordentlich stark besuchten Versammlung Stellung zur Schließung der Betriebe. Die Eisenbahnverwaltung hat für die Wiedereinstellung der Arbeiter die Wiedereinführung des Achtstundentages und des Akkordsystems bestimmt und die Auswahl der Arbeiter der Verwaltung überlassen. Es wurde von der Versammlung einstimmig beschlossen, solange im Streik zu verharren, bis alle Arbeiter wieder eingestellt sind.

Die Mannheimer Eisenbahner befaßten sich in einer öffentlichen Versammlung mit der Bewilligung der Vorschüsse durch den badischen Landtag. Die Versammlung, die einen stürmischen Verlauf nahm, faßte folgende Entschließung: Jeder Arbeiter oder Beamte, ledig oder verheiratet, ganz gleich welchen Alters oder Berufs, welcher bei der Eisenbahn beschäftigt ist, erhält einen Lohnvorschuß in zwei Raten, die erste Rate mit 250 M. sofort, die zweite Rate in drei Wochen. Von der Regierung wird binnen drei Tagen Antwort verlangt. Im verneinenden Falle wird von allen Organisationsvertretern verlangt, das Signal der Arbeitsniederlegung zu geben.

•

Wie in Deutschland, so brechen auch in andern Ländern die Bewegungen unter den Eisenbahnern nicht mehr ab. So wird über Basel aus Frankreich gemeldet: In 14 französischen Städten haben Eisenbahnerversammlungen stattgefunden, in welchen die Proklamierung des Generalstreiks beschlossen wurde, falls die Regierung Millerands nicht in spätestens zwei Wochen die bindende Zusage einer Nationalisierung der französischen Eisenbahnen abgibt. Die französische Behörde teilt mit, daß der Güterverkehr auf der Paris—Lyon—Mittelmeerbahn eingestellt wird. Es werden seit zwei Tagen keine schweizerischen Güter mehr an den französischen Stationen dieser Bahn angenommen.

Und aus Italien wird heute über Zürich berichtet: Die ersten Verhandlungen der Vertreter des italienischen Eisenbahnerverbandes mit der Regierung sind gescheitert. Der Streikausschuß verlangt die Bezahlung der Streiktage, Wiedereinstellung der entlassenen Hilfsarbeiter und Verzicht auf eine Belohnung des Personals, das während des Ausstandes seinen Dienst versehen hat. Der Hauptvorstand der Eisenbahner verlangt zudem seine Anerkennung als einziges Organ der Eisenbahner und droht im Weigerungsfalle mit der Fortsetzung des Streiks bis zum äußersten.

•

Generalstreikdrohung in Spanien

Madrid, 28. Januar. Im Verlauf der Eröffnungssitzung der spanischen Kammer teilte der Abgeordnete Bassero im Namen der sozialistischen Fraktion mit, daß die spanische Arbeiterschaft angesichts der passiven Haltung der Regierung den Arbeitnehmern gegenüber den Generalstreik beschlossen habe.

Gesetzliche Regelung des Schlichtungswesens

Der Gesetzentwurf einer Schlichtungsordnung wird, wie die Deutsche Allg. Ztg. erfährt, voraussichtlich noch im Januar fertiggestellt werden. Er bringt eine weitgehende Ausgestaltung der Organisation der Schlichtungsbehörden und eine eingehende Regelung des Schlichtungsverfahrens. Auch schreibt der Entwurf unter bestimmten Voraussetzungen die Anrufung der Schlichtungsbehörden und sonstiger Schlichtungsstellen in zwingender Form vor und enthält weitere Bestimmungen, die für bestimmte Fälle die Sicherung der Durchführung der erzielten Einigung oder des Schiedsspruches nach abgeschlossenem Schlichtungsverfahren bezwecken.

•

Ein Schiedsspruch im Versicherungsgewerbe

Berlin, 28. Januar. In der Angelegenheit des Tarifvertrages der Versicherungsangestellten hat der Schlichtungsausschuß Groß Berlin gestern folgenden Schiedsspruch gefällt: Die vom Arbeitsminister verfügte allgemeine Verbindlichkeit des Vertrages dehnt dessen Wirksamkeit auf alle Fachgenossen aus über die Vertragsparteien hinaus. Die allgemeine Verbindlichkeitserklärung hat aber nicht die Bedeutung, daß der inzwischen gekündigte Vertrag in einzelnen Bestimmungen zeitlich über den abgelaufenen Termin hinaus verlängert wird.

Ein Gewerkschaftskredit

Wie die V. P. N. von beteiligter Seite erfahren, ist ein schwedisches Kreditinstitut an die Führer der deutschen Gewerkschaften mit Kreditvorschlägen herangetreten, die zur Gründung einer Deutschen Oekonomiegesellschaft m. b. H. geführt haben, welche bereits in Tätigkeit getreten ist. Als Grundkapital der Gesellschaft sind 30 000 Mark als ausreichend bestimmt worden, da sie sich vornehmlich als Clearinghaus betätigen wird. Große Kredite werden der Deutschen Oekonomiegesellschaft zum Ankauf von Rohstoffen, Lebensmitteln usw. zur Verfügung gestellt. Dadurch wird namentlich der an Arbeitslosigkeit noch immer stark leidenden Textilindustrie Arbeitsgelegenheit verschafft werden, und die hier verarbeitenden Waren werden der bedürftigen Bevölkerung zugute kommen.

Irrsinn und Verbrechen

Mörderkultur

Ein typisches Beispiel der Gehirnverkleisterung, wie sie das hiesige unabhängige Blättchen an seinen Lesern täglich verübt, sind ihre zehn Zeilen „Betrachtung" zum Attentat auf Erzberger:

Das sind Folgen jener Mörderkultur, die von der jetzigen Regierung bisher mindestens geduldet, wenn nicht unterstützt wurde. Liebknecht, Luxemburg, Eisner, Haase stellen ihr bisher zum Opfer. Nun ist auch ein Mitglied der Regierung Gegenstand dieses Mördertreibens geworden. Die Hetzereien gegen Erzberger als Person mögen an dem Attentat unmittelbare Schuld haben. Als intellektuellen Urheber kann man den jetzigen Prozeßgegner Erzbergers, den berüchtigten Herrn Helfferich, bezeichnen. Er ist der hervorragendste Repräsentant des Systems.

Daß Neuring einem von den Unabhängigen verhetzten Mob zum Opfer fiel, daß der linksradikale Mordbube Lindner nach dem Attentat auf unsre Genossen Auer und Roßhaupter von den Unabhängigen beschützt wurde, unterschlägt das wackre Blättchen. Und Haase wird unter die Reihe Eisner, Liebknecht geschmuggelt, derselbe Haase, der von dem linksradikalen Lederarbeiter Voß gemeuchelt wurde — von demselben Voß, der von sich erklärte, die U. S. P. stehe seiner politischen Anschauung am nächsten. So geht das edle Organ mit Wahrheit und Menschlichkeit um. Mörderkultur!

Ebenso beachtlich ist an dem obigen sauberen Kommentar, wie vorsichtig er mit der Reaktion umspringt. „Die Hetzereien gegen Erzberger mögen unmittelbare Schuld haben." Mögen ... Man spürt förmlich die Angst dieser Revolutionäre, die von ihnen gegen die sozialdemokratischen Regierungsleute demagogisch geschürte Wut könnte gegen die Reaktion umschlagen.

In der Aktion schrieb Rühle kürzlich von der „unabhängigen Gegenrevolution". Er hat so unrecht nicht: die unabhängigen „Revolutionäre" sind die eifrigsten Schrittmacher der Gegenrevolution!

•

Erzbergers Befinden verschlimmert

Berlin, 27. Januar. Der Zustand des Ministers Erzberger hat sich etwas verschlimmert. Die Temperatur ist über 37 Grad gestiegen, der Puls ist sehr stark, etwa 120 Schläge. Der Schwächezustand dauert an. Der Minister ist schwer erschöpft und hat seinerlei Besuche mit Ausnahme des Unterstaatssekretärs Noeble empfangen. Er darf nur die allerdringendsten Geschäfte erledigen. Morgen mittag findet eine erneute Beratung der behandelnden Aerzte Prof. Dr. Plesch und Prof. Dr. Hildebrandt statt.

Die Nachuntersuchung der Schußverletzung des Reichsministers Erzberger, die unter Hinzuziehung des Prof. Hildebrandt durch den Hausarzt Prof. Dr. Plesch vorgenommen wurde, ergab den nachstehenden Befund: Die Kugel, die Teile des Schulterblattes zersplittert hat, sitzt dort fest. Da größere Blutungen eingetreten sind und die Wunde äußerst schmerzhaft ist, ist es zur Zeit nicht möglich, das Geschoß zu entfernen. Der Minister ist zur Zeit fieberfrei, doch leidet er an großer Schwäche. Puls 140. — Nach der Untersuchung wurde Erzberger wieder nach seiner Wohnung gebracht. Die Aerzte haben ihm unbedingte Ruhe geboten. Der Minister erledigt nur die dringendsten Staatsgeschäfte.

Der Attentäter ist heute in das hiesige Untersuchungsgefängnis eingeliefert und gegen ihn die gerichtliche Voruntersuchung wegen Mordes eingeleitet worden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200128/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG